Schriftliche Anfrage betreffend soziale Sicherheit für Selbstständigerwerbende und kleine Unternehmen

24.5427.01

Die fehlende soziale Absicherung der Selbständigerwerbenden wurde in den Pandemie-Jahren ab 2020 sichtbar. Der Staat, besonders auch der Kanton Basel-Stadt, hat in dieser speziellen Situation einige kurzfristige, aber wirkungsvolle Überbrückungsmassnahmen getroffen. Hingegen sind mit dem Auslaufen dieser Massnahmen für die Selbständigerwerbenden die Risiken aufgrund der fehlenden Absicherung wieder akut geworden. Auf der Bundesebene wurden diese Fragestellungen im Nachgang zur Pandemie zwar intensiv diskutiert. Es zeichnen sich auf dieser Stufe aktuell aber keine bahnbrechenden Reformen ab.

Ein beachtlicher Teil der Beschäftigten in Basel-Stadt sind Selbständigerwerbende. Fünf Prozent der Beschäftigten arbeiten als Einzelfirma, acht Prozent in einer GmbH und zwölf Prozent arbeiten in einem Unternehmen mit einem bis neun Beschäftigten (Statistisches Amt BS). Viele Selbständige haben nur wenige Reserven und sind schlecht gegen Risiken wie Unfall, Krankheit oder Erwerbsausfall versichert. Dies gilt weniger für die «freien Berufe» (z.B. Ärzt:innen, Anwält:innen oder Architekt:innen), die bisher bei der politischen Behandlung des Themas im Vordergrund standen. Es gilt aber umso mehr für die persönliche Dienstleistungen, Coiffeur- und Kosmetikbranche, Haushaltshilfen, Kulturschaffende, Grafiker:innen, Eventbranche usw.

Studien haben gezeigt, dass die privaten Versicherungslösungen für viele zu teuer sind. Die Risiken werden somit oft nicht abgesichert. Dies gilt nicht nur für Einzelselbständige, sondern auch zunehmend für kleine Firmen. Selbständige verfügen meist über keine ausreichende Altersvorsorge in der beruflichen Vorsorge und auch in der Säule 3a. Viele, die sich gerne gegen Unfall oder Krankheit versichern möchten, zahlen heute entweder hohe Prämien oder finden gar keine Versicherung. Es bräuchte auch eine obligatorische Krankentaggeld- und Arbeitslosenversicherung für alle Erwerbstätigen. Eine gewisse Missbrauchsgefahr ist zwar bei Selbstständigen nicht von der Hand zu weisen. Doch diese könnte man mit diversen Kontrollmassnahmen in den Griff kriegen.

Die Pandemie hat die fehlende soziale Absicherung vieler Selbständigen zu Tage gebracht. Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu berichten:

- 1. Wie sich die Anzahl der Selbständigen in unserem Kanton in den letzten Jahren entwickelt hat.
- 2. In welchen Branchen diese tätig sind und welche sozialen Schutzmassnahmen dort heute jeweils greifen.
- 3. Welche Erkenntnisse die Situation während der Corona-Pandemie über die soziale Sicherheit dieser Erwerbsgruppe zum Vorschein gebracht hat.
- 4. Mit welchen kantonalen Massnahmen die soziale Sicherheit in den Bereichen Altersvorsorge (a), Erwerbsersatz bei Unfall (b), Krankheit (c) und Erwerbsausfall (d) gewährleistet werden könnte.

Pascal Pfister